

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 38 (2011)

DOI: 10.11588/fr.2011.0.45012

Copyright

Das Digitalisat wird Ihnen von perspectiva.net, der Online-Publikationsplattform der Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland, zur Verfügung gestellt. Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

KARL CHRISTIAN LAMMERS

ZÄSUREN DER BUNDESREPUBLIKANISCHEN GESCHICHTE AUS DÄNISCHER SICHT

Die ›alte‹ Bundesrepublik ist nunmehr seit über zwanzig Jahren Geschichte, sie ist sozusagen vollständig historisiert. Die ›alte‹ Bundesrepublik hatte ihre eigene Geschichte, eine Geschichte, die zudem gut erzählt worden ist. Als Andreas Wirsching 2006 die große nahezu ›offizielle‹ Geschichte dieser Bundesrepublik mit dem sechsten Band abschloss, erhielt dieser Band die Überschrift »Abschied vom Provisorium«¹. Die Geschichte des »Provisoriums« war damit zu Ende geführt und das »Provisorium« historisiert worden.

Die Historisierung der ›alten‹ Bundesrepublik wirft aber zugleich die Frage nach ihrer inneren Gliederung, nach Zäsuren, wichtigen Eckdaten und Entwicklungen auf, die ihre Geschichte markiert haben oder markieren sollten². Zäsuren sind gewissermaßen Konstrukte, sie sind »heuristische Krücken«³. Sie lassen sich genauso wie Periodisierungen auf dem Hintergrund der Nationalgeschichte und abhängig vom jeweiligen Zugang (politik-, sozial- oder kulturgeschichtlich) unterschiedlich begründen und erklären. Es gibt zudem Zäsuren von unterschiedlicher Bedeutung. Außerdem spielt die unterschiedliche Wahrnehmung von Zäsuren eine wichtige Rolle. Zäsuren sind aber auch Konstrukte der Historiker, die der Zeitgeschichte aufgelegt werden, um Ordnung zu schaffen, und deshalb besteht oft ein Spannungsverhältnis zwischen Zeitgenossen und Historikern: Was von den Zeitgenossen als wichtige Zäsur empfunden wurde, braucht in der historisierenden Betrachtung nicht als solche aufgefasst zu werden. Historiker erkennen und begründen oft andere Zäsuren.

Als Vorgaben für das Thema haben einleuchtende Zäsuren der deutschen Zeitgeschichte wie 1945/49 und 1989/90 gedient, Zäsuren, die für Deutschland insgesamt sowie für die Bundesrepublik im Besonderen von entscheidender Bedeutung gewesen sind: Sie beziehen sich einerseits auf Niederlage und Untergang des Deutschen Reiches, andererseits aber auch auf die Teilung Deutschlands in zwei Staaten sowie auf die Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik. Die Gründung eines neuen demokratischen Staates in Deutschland sowie die Ausdehnung der Demokratie auf ganz Deutschland erscheinen daher als wichtige Zäsuren. Natürlich werden diese Begebenheiten auch außerhalb Deutschlands zum Beispiel in Skandinavien als wichtige Einschnitte in der deutschen Zeitgeschichte wahrgenommen, sie sind aber inhaltlich anders besetzt und mit anderen Wertungen verbunden. Um es nur kurz anzudeuten: Wurde die Niederlage und der Untergang des Deutschen Reiches im Mai 1945 in den beiden besetzten

- 1 Andreas WIRSCHING, Abschied vom Provisorium. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1989/90, München 2006; vgl. ferner Edgar WOLFRUM, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999, S. 1f.
- 2 Vgl. hierzu auch die Überlegungen von Paul NOLTE, Einführung: Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 175–182.
- 3 So Edgar Wolfrum in seinem Kommentar anlässlich der diesem Themenheft zugrunde liegenden Tagung am 24. November 2010 im Auswärtigen Amt in Berlin.

skandinavischen Ländern Dänemark und Norwegen eng mit dem Ende der Bedrohung ihrer eigenen Unabhängigkeit und ihrer Sicherheit vor Deutschland verbunden, so ließ die Aussicht auf eine deutsche Vereinigung 1989/90 erneut Szenarien von einem mächtigen und vielleicht zu fürchtenden »Großdeutschland« (so die sozialliberale Tageszeitung »Politiken«)⁴ aufkommen. Wie passt die demokratische Neugründung von 1949 in diese Wertung?

Deshalb erscheint es notwendig, zunächst den hier verwendeten Zugang darzulegen, ein dänischer Blick auf die Zäsuren der deutschen Zeitgeschichte. Dies werde ich einzulösen versuchen, indem ich – die zeitgenössische und die historische Perspektive miteinander verbindend – die dänische Einschätzung einiger Aspekte der politischen Nachkriegsgeschichte Deutschlands thematisiere, die als Schlüsselereignisse besondere Bedeutung für das Nachbarland Dänemark und für Skandinavien erlangten – Schlüsselereignisse, die parallel dazu die dänische beziehungsweise skandinavische Wahrnehmung vom neuen Deutschland, das heißt von der Bundesrepublik, beeinflussten. Dies bezieht sich in erster Linie auf die Etablierung der zweiten deutschen Demokratie 1949 und einige sich daraus ergebende Entwicklungen⁵.

Die Einschätzung der neuen Demokratie

Die Wahrnehmung der deutschen Nachkriegsgeschichte von außen erfolgt meistens auf dem Hintergrund einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Deutschlandbild, das sich aufgrund der eigenen, nationalgeschichtlich geprägten Erfahrung mit der jüngsten deutschen Geschichte gebildet hat. An erster Stelle steht dabei das nationalsozialistische Deutschland und die von ihm betriebene gewaltsame Okkupation Europas. Dies gilt auch für Skandinavien und insbesondere für Dänemark, wo Deutschland nach 1945 auch infolge der Kriegsniederlage von 1864 und des Verlustes von Schleswig als das Problem schlechthin angesehen wurde.

Zwar war es im nationalen Interesse des kleinen Nachbarlandes im Norden, dass Deutschland nach der Niederlage politisch und wirtschaftlich wieder aufgebaut wurde, gleichzeitig wünschte man aber auch, dass es militärisch und politisch geschwächt bliebe. Insbesondere aber hoffte man, dass Deutschland demokratisch werden und die Rechte der nationalen Minderheiten respektieren würde. So blieb auch nach der deutschen Niederlage die Hoffnung, dass es eine Grundlage für »ein gutes Nachbarschaftsverhältnis zwischen Dänemark und einem demokratischen Deutschland« geben würde, wie es Ministerpräsident Hans Hedtoft im Frühjahr 1949 ausgedrückt hat⁶.

Aus der Perspektive des skandinavischen Auslands sind deshalb vor allem die Ereignisse von Bedeutung, bei denen der Topos »Deutschland als Problem«⁷ im Zentrum steht. Das heißt all jene Schlüsselereignisse, bei denen sich erweisen sollte und konnte, dass die 1949 errichtete Bundesrepublik tatsächlich ein neues und anderes Deutschland geworden ist, als jenes Deutschland, das in der Geschichte für Europa und Dänemark ein Problem, ja eine Bedrohung dargestellt hatte. Dazu zählen in erster Linie politikgeschichtlich zu begründende Eckdaten

4 Politiken, Ausgabe vom 29. November 1989.

5 Die folgenden Überlegungen betreffen vornehmlich die Bundesrepublik, nicht aber den »zweiten« deutschen Staat, die DDR.

6 Vgl. Karl Christian LAMMERS, »Hvad skal vi gøre ved tyskerne bagefter?« (Was wollen wir mit den Deutschen hinterher anstellen?) Det dansk-tyske forhold efter 1945, Kopenhagen 2005, S. 96f.

7 So der deutsche Titel der Darstellung der dänischen Außenpolitik des Historikers Troels FINK, Deutschland als Problem Dänemarks. Die geschichtlichen Voraussetzungen der dänischen Außenpolitik, Flensburg 1968; vgl. ferner Steen Bo FRANDBSEN, Dänemark – der kleine Nachbar im Norden. Aspekte der deutsch-dänischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Darmstadt 1994, S. 9f.

wie 1945/49 und 1989/90, die für grundlegende politische Veränderungen im neuen Deutschland stehen.

Während man die Werke von Edgar Wolfrum über die »geglückte Demokratie« oder von Heinrich-August Winkler zur »Westernisierung« der Bundesrepublik in Deutschland als die »Meistererzählungen« der deutschen Zeitgeschichtsschreibung nach 1945 einstufen kann, darf die Frage gestellt werden, ob das im benachbarten Europa und in Dänemark auch so gesehen wurde. Damit komme ich zu den hier zu erörternden Zäsuren.

Als Deutschland 1949 staatlich wiedererrichtet wurde, hatte es eine andere Gestalt als jenes Deutschland, das 1945 untergegangen war. Aus dänischer Sicht setzte die Bundesrepublik die Tradition Deutschlands fort⁸. Die Errichtung einer liberalen und pluralistischen westlichen Demokratie mit Grundrechten, Parlamentarismus und freien Wahlen im westlichen Deutschland markierte jedoch eine entscheidende Zäsur: Die neue Bundesrepublik war ein westlich orientierter und von westlichen Werten geprägter Staat. Sie war aber zugleich ein entmilitarisiertes Deutschland ohne eigenes Militärwesen und mit einem Grundgesetz, das die Führung von Angriffskriegen verbot. Dass hier ein neues Deutschland entstanden war, wurde auch im skandinavischen Nordeuropa gesehen; das Vertrauen in Deutschland und in die Deutschen war vier Jahre nach dem Ende der deutschen Besetzung allerdings noch gering. Die Errichtung einer liberalen westlichen Demokratie wurde zwar für bedeutungsvoll gehalten, ihre Stabilität sowie ihre Glaubwürdigkeit wurden zunächst aber noch als ein Problem betrachtet. Im skandinavischen Ausland gab es Zweifel an der neuen deutschen Demokratie und vor allem an der Demokratiefähigkeit der Deutschen. Diese Zweifel brachte der dänische Ministerpräsident Hans Hedtoft nach einer Reise in die Bundesrepublik 1951 zum Ausdruck, als er Deutschland eine »Demokratie ohne besonders viele Demokraten« nannte⁹.

Diese Einschätzung soll anhand eines konkreten Beispiels aus der dänisch-deutschen Beziehungsgeschichte – nämlich der Minderheitenfrage – veranschaulicht werden. Eine Angelegenheit, die bei einigen Dänen die Meinung aufkommen ließ, dass die Deutschen unter Demokratie etwas anderes verstünden als die Dänen¹⁰. Die deutsche Haltung zur Stellung und den Rechten der dänisch gesinnten Minderheit in Südschleswig sollte deshalb zum Schlüssel für die künftige Beziehung zur Bundesrepublik werden.

Dänemark und die Wiederaufrüstung

In Bezug auf die Zuverlässigkeit und die Glaubwürdigkeit der bundesdeutschen Demokratie sollte zunächst die Frage der deutschen Wiederaufrüstung zur Kardinalfrage werden. Die Bundesrepublik war zur Zufriedenheit der kleinen Nachbarstaaten ohne eigene Armee eingerichtet worden. Bald erhob sich jedoch die Forderung insbesondere der Vereinigten Staaten nach einem deutschen Wehrbeitrag und damit verbunden nach der Wiedereinführung einer

8 Da Dänemark infolge seiner NATO-Mitgliedschaft verpflichtet war, die DDR nicht anzuerkennen, war die Bundesrepublik für sie Deutschland, siehe dazu LAMMERS, »Hvad skal vi gøre« (wie Anm. 6), S. 174f.

9 Zit. bei LAMMERS, »Hvad skal vi gøre« (wie Anm. 6), S. 100; vgl. hierzu auch Heft 4 der Zeitschrift *Contemporary European History* 15 (2006), *The Nordic Countries and the German Question after 1945*, hier vor allem die Beiträge von Hans Otto FRÖLAND, *Distrust, Dependency and Détente: Norway, the Two Germanys and »the German Question«, 1945–1973*, S. 519–538; und Karl Christian LAMMERS, *Living Next Door to Germany: Denmark and the German Problem*, S. 453–472. Ferner die Untersuchung der dänisch-deutschen Beziehungen nach 1945 von Karl Christian LAMMERS, »Hvad skal vi gøre« (wie Anm. 6), S. 119f; und der dänische Blick bei Allan BORUP, *Demokratisierungsprozesse in der Nachkriegszeit. Die CDU in Schleswig-Holstein und die Integration demokratiskeptischer Wähler*, Bielefeld 2010.

10 Vgl. hierzu LAMMERS, »Hvad skal vi gøre« (wie Anm. 6), S. 113f.

deutschen Armee. Damit stellte sich nun auch die Frage nach dem Charakter des deutschen Militärwesens. Eine Angelegenheit, die in der zeitgenössischen Wahrnehmung Skandinaviens erheblichen politischen Zündstoff enthielt. Die offizielle Gründung der Bundeswehr 1955 markiert eine radikale Wende in dieser Frage und stellt aufgrund der damit verbundenen Probleme eines deutschen Militärwesens sowie der militärischen Position der Bundesrepublik eine wichtige Zäsur dar. Diese Zäsur lässt sich sowohl politik- als auch sozialgeschichtlich erklären, ist aber bislang nur wenig beachtet und eher oberflächlich behandelt worden. Dabei scheint diese Thematik für die Sicht des Auslandes auf das neue Deutschland von zentraler Bedeutung zu sein.

Eingedenk dessen, dass in historischer Perspektive und vor dem Hintergrund der nationalen Identitätsstiftung der Dänen Deutschland ein militärisches Problem, ja die militärische Bedrohung schlechthin für die Sicherheit und territoriale Integrität Dänemarks bedeutete, und dass insbesondere europäische Kleinstaaten wie Dänemark nach 1945 deshalb ein entwaffnetes und entmilitarisiertes Deutschland als unumgängliche Friedensforderung aufgestellt hatten¹¹, musste die Frage der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik eine Schlüsselfrage hinsichtlich der Einschätzung des neuen deutschen Staates werden.

Dies war allerdings eine Thematik, die aus skandinavischer Perspektive zwei Aspekte sowie eine Ambivalenz aufwies, eine Thematik, die 1948 vom dänischen Theologen Hal Koch dialektisch formuliert wurde: »Ein starkes, militarisiertes Deutschland – das zeigen die Erfahrungen der jüngsten Generation – war eine ernsthafte Bedrohung für Europa. Aber ein Deutschland das derart ausgesogen ist wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt, bezeichnet eine mindestens genauso große Gefahr«¹². Es stellte sich die Frage, wie solche Gefahren vermieden werden konnten; ob und unter welchen Bedingungen eine neue deutsche Armee hinnehmbar war. Die Antwort des damaligen dänischen Außenministers Ole Bjørn Kraft war eindeutig und bejahend: »Die deutsche Beteiligung an der Verteidigung Europas ist eine Sache, deutscher Militarismus eine andere.« Die dänische Argumentation lief darauf hinaus, dass eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik im Rahmen der NATO kein Wiederaufleben des deutschen Militarismus bedeute, da man annahm, dass das neue Deutschland mit dem traditionellen Militarismus gebrochen habe und nicht militaristisch geworden sei¹³. Damit würde sich Deutschland gewissermaßen auch als Problem für Dänemark und Norwegen erledigt haben.

Die Entscheidung zur Neugründung eines im militärischen Bündnis der NATO integrierten deutschen Militärwesens, der Bundeswehr, nur zehn Jahre nach Kriegsende zuzulassen, hatte sicherheitspolitische Gründe: Sie war international durch die Erfordernisse des Kalten Krieges, die einen deutschen Wehrbeitrag als notwendig erscheinen ließen, begründet. Das wurde bereits 1950 auch von den westeuropäischen Kleinstaaten anerkannt, als Dänemark und Norwegen einer deutschen Wiederaufrüstung im NATO-Rat prinzipiell zustimmten. Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, dass es für die kleinen Nachbarstaaten nicht ganz leicht war, eine solche Entscheidung hinzunehmen; nicht zuletzt, weil viele der westeuropäischen Kleinstaaten die NATO auch als eine Garantie für ihre Sicherheit gegenüber Deutschland und gegenüber einem neuen deutschen Militarismus betrachteten. Wie konnte deutsches Militär glaubhaft als etwas anderes als das Wiederaufleben des gefürchteten deutschen Militarismus aufgefasst werden? Und würde die Wiederaufrüstung nicht erneut zu einer Militarisierung auch der demokratischen Gesellschaft führen?

11 Vgl. hierzu die dänischen und norwegischen Friedensvorschläge, die Anfang 1947 der Alliierten Außenministerkonferenz vorgelegt wurden, abgedruckt bei Bertel HEURLIN, Danmarks udenrigspolitik efter 1945. Kilder til belysning af Danmarks udenrigspolitiske mål 1945–1970, Kopenhagen 1971, S. 38–49; FRØLAND, Distrust, Dependency and Détente (wie Anm. 9), S. 500.

12 Hal KOCH, Vort forhold til Tyskerne, in: Frie Ord 3 (1948), S. 6f.

13 Zit. nach LAMMERS, »Hvad skal vi gøre« (wie Anm. 6), S. 123.

Für die beiden skandinavischen NATO-Mitglieder war es eine ausdrücklich geforderte Voraussetzung, dass die Bundesrepublik keine militärische Souveränität und keine Befehlsgewalt erlangen würde; sie sollte militärisch durch die Integration bundesdeutscher Soldaten in gemeinsame Einheiten kontrolliert werden. Damit sollte die Wiedererstehung eines deutschen Militarstaates und somit eines deutschen Militarismus verhindert werden.

Es wurde dennoch zu einer politisch schwierigen Aufgabe, eine Deutschland gegenüber kritisch eingestellte Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik nicht identisch sei mit einer Wiederkehr des preußischen Militarismus und der Rückkehr zu einer militarisierten deutschen Gesellschaft. Diese Befürchtungen gründeten darauf, dass einige führende Generäle der neuen Bundeswehr auch unter Hitler Generäle gewesen waren. Die Akzeptanz einer solchen Armee wurde durch die Forderungen deutscher Politiker nach atomarer Aufrüstung der Bundesrepublik noch zusätzlich erschwert¹⁴.

Die mit der Errichtung der Bundeswehr verbundene Einführung der Wehrpflicht sozusagen als einem Kind der Demokratie sollte auf politischer und sozialer Ebene eine Demokratisierung beziehungsweise eine Zivilisierung des Militärs ermöglichen (»Staatsbürger in Uniform«)¹⁵. Aber war das glaubhaft und etwas anderes als deutscher Militarismus in neuem Gewand? So lautete die Befürchtung vieler Zeitgenossen, die eine Wiederaufrüstung mit Misstrauen begleiteten. Die skandinavischen Politiker sahen dies trotz aller Skepsis jedoch anders und befürworteten die Wiederaufrüstung.

Die westdeutsche Wiederaufrüstung wurde im Allgemeinen positiv aufgenommen. Folglich erschien die Entwicklung, die mit der Errichtung der neuen Bundeswehr 1956 zu einer veränderten Stellung des Militärs geführt hatte, als eine entscheidende und positive Entwicklung der Bundesrepublik. Das Militär sollte demnach nicht länger eine gesellschaftlich als höher angesehene Stellung einnehmen¹⁶, womit die Bundeswehr zu einem Teil der demokratischen Gesellschaft wurde. Von Militarisierung der Gesellschaft und deutschem Militarismus konnte nicht länger die Rede sein. In der dänischen Perspektive erscheint das Jahr 1955 als eine wichtige Zäsur der deutschen Nachkriegsgeschichte, weil sie zum Verschwinden des Topos »Deutschland als Problem« beitrug. In der deutschen Zeitgeschichtsforschung wird diese Zäsur jedoch nicht in gleichem Maße wahrgenommen. Bedeutet das, dass sie in der deutschen Zeitgeschichtsforschung als unwesentlich betrachtet worden ist?

Das Jahr 1955 ist aber nicht nur mit einer Demokratisierung des deutschen Militärwesens verbunden. Die Aufnahme und insbesondere die Integration der Bundesrepublik in die NATO beinhaltete, dass auch europäische Kleinstaaten wie Dänemark und Norwegen sich damit zurechtfinden mussten, dass der Feind von gestern – Deutschland – nunmehr zum Verbündeten von heute und morgen (das heißt gegen die Sowjetunion) im Kalten Krieg werden sollte, und zwar nicht nur im Allgemeinen und auf politischer Ebene, sondern als ein Partner in der Verteidigungsallianz der demokratischen Staaten, denn die Organisation der Nordregion der NATO erforderte eine praktische Zusammenarbeit der Armeen Dänemarks und Norwegens mit der Bundeswehr. Diese Zusammenarbeit war politisch und öffentlich heftig umstritten; das zeigte sich unter anderem in anti-deutschen Demonstrationen, die auch noch andauerten, als die praktische Zusammenarbeit Anfang der 1960er Jahre beispielsweise in der BALTAP¹⁷ und der Nordregion bereits zu funktionieren begann.

14 Wie zum Beispiel Franz Josef Strauß.

15 Vgl. Ute FREVERT, *Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland*, München 2001, S. 329f.

16 Vgl. hierzu FREVERT, *Die kasernierte Nation* (wie Anm. 14), S. 328f.

17 BALTAP (Allied Command Baltic Approaches), offizielle Bezeichnung für das dänisch-deutsche militärische Kommando im südlichen Teil der NATO-Nordregion.

Dass die Verteidigung und Sicherheit Dänemarks – und in geringerem Umfang Norwegens – damit in hohem Maße von Deutschen abhängig wurde, die noch Anfang der 1950er Jahre als ›Militaristen‹ gebrandmarkt worden waren, war vielen Dänen und Norwegern nicht geheuer. Das Misstrauen gegenüber den Deutschen blieb, und es dauerte einige Zeit bis die Bundeswehr tatsächlich als eine demokratische Armee wahrgenommen wurde¹⁸.

In der deutschen Zeitgeschichtsforschung sind die Probleme mit der Demokratisierung von Staat, Politik, Verwaltung und Gesellschaft in den 1950er Jahren eingehend analysiert worden. Forschungsdefizite gibt es meiner Ansicht nach hinsichtlich des Militärs und dessen Stellung in der Gesellschaft¹⁹; nicht zuletzt weil an der Institution der Bundeswehr trotz einzelner Probleme, wie zum Beispiel mit den ehemaligen Wehrmachtsoffizieren, die Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit des Demokratisierungsprozesses der Bundesrepublik veranschaulicht werden kann – nicht zuletzt dem skeptischen Ausland gegenüber, wo dies schließlich auch erkannt wurde.

Die Regelung der Minderheitenfrage

Ein anderes Beispiel, das für die Einschätzung der Glaubwürdigkeit des bundesdeutschen Demokratisierungsprozesses herangezogen werden soll und das aus dänischer Perspektive sicherlich eine noch größere Bedeutung als die Wiederaufrüstungsfrage gehabt hat, wird in der deutschen Zeitgeschichtsforschung zumeist ganz übersehen. Dabei geht es um die engeren Beziehungen zu Dänemark: nämlich um die Frage nach der Stellung der dänischen Minderheit in der neuen Demokratie und um die deutsche Haltung dazu. Auch aus diesem Grund markiert das Jahr 1955 in der dänischen Zeitgeschichte und in den zwischenstaatlichen dänisch-deutschen Beziehungen eine bedeutungsvolle Zäsur, die in deutschen Geschichtsdarstellungen nicht thematisiert wird. Dies ist umso bedauerlicher, als das zu besprechende Ereignis – die Regelung der deutsch-dänischen Minderheitenfrage an der gemeinsamen Grenze – doch den glaubwürdigen und liberalen Charakter der neuen deutschen Demokratie zu bestätigen schien.

Seit der Festlegung der neuen dänisch-deutschen Grenze infolge der im Versailler Vertrag vorgesehenen Volksabstimmungen zu Beginn des Jahres 1920 gab es nationale Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze: Diese neue Grenze hinterließ eine größere deutsche Minderheit in Nordschleswig sowie eine kleinere dänische Minderheit in Südschleswig. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aber hat sich das numerische Verhältnis geändert. Während die dänische Minderheit seit 1945 stark anwuchs, hat sich die deutsche Minderheit in Nordschleswig, auch aufgrund von Kriegsverlusten und »Austritten« infolge von Schulwechsellern der Kinder verringert²⁰. Gleichzeitig war sie eine der wenigen deutschen Minderheiten, die nach 1945 nicht von Vertreibung bedroht wurde.

18 Vgl. FRÖLAND, *Distrust, Dependency and Détente* (wie Anm. 9) und LAMMERS, *Living Next Door to Germany* (wie Anm. 9).

19 Vgl. allerdings FREVERT, *Die kasernierte Nation* (wie Anm. 14); außerdem Detlef BALD, *Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955–2005*, München 2005.

20 Die Zugehörigkeit zur Minderheit wurde gewöhnlich über das Bekenntnis zur deutschen Kultur bestimmt. Als zentrale Institution fungierten die Schulen. Als politische Sanktion für die Kollaboration der deutschen Minderheit mit der Besatzungsmacht ab 1940 hatten die dänischen Behörden 1945/46 alle deutschen Schulen (86) geschlossen und die Gebäude konfisziert. Als es der Minderheit 1948 wieder erlaubt wurde, eigene Schulen einzurichten, waren es weit weniger (unter 30) und die Schülerzahl sank dramatisch. Dieser Schlag gegen ihre Kultur traf die deutsche Minderheit hart, und sie reduzierte sich stark. Vgl. hierzu den Sammelband von Robert BOHN, Jørgen KÜHL (Hg.), *Nationale Minderheiten im dänisch-deutschen Grenzland 1933–1945*, Schleswig 2001.

Von dänischer Seite ist immer wieder hervorgehoben worden, dass das künftige Verhältnis zur Bundesrepublik von der Stellung der dänischen Minderheit in Südschleswig und von der deutschen Haltung hinsichtlich der Rechte dieser Minderheit und ihrer Stellung in der deutschen Gesellschaft abhängig sei²¹. Diese Frage wurde nach 1945 zu einem Problem zwischen den beiden Staaten, welches man auf dänischer Seite durch verschiedene Auflagen – wie zum Beispiel die Forderung nach administrativer Trennung Schlewigs von Holstein und nach Entfernung der Flüchtlinge und Vertriebenen aus Südschleswig – zu lösen suchte. Dem wurde aber seitens der britischen Militärregierung in Schleswig-Holstein nicht Folge geleistet. In der jungen Bundesrepublik fühlte sich die zahlenmäßig stark vergrößerte dänische Minderheit schikaniert, weil die ihr durch die Kieler Minderheitenerklärung des schleswig-holsteinischen Landtages von 1949 zugesicherte Gleichstellung in der Wirklichkeit nicht zugestanden wurde: dänisch gesinnte Beamte und Lehrer wurden entlassen, dänisch Gesinnte wurden aufgrund ihrer Sprache benachteiligt, zeitweilig wurde sogar die Sperrklausel bei Wahlen auf 7,5% angehoben etc. Nicht nur die dänisch Gesinnten wähten sich benachteiligt – auch die dänische Regierung war über die deutsche Politik verärgert. Dass die deutsche Demokratie in Fragen, die die Minderheiten betrafen, nicht mit der dänischen vergleichbar sei, wurde vom amtierenden dänischen Unterrichtsminister Julius Bomholt 1954 scharf kritisiert: »Der Drang der Deutschen, Minderheiten zu unterdrücken, besteht noch immer«²².

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen zu den Pariser Verträgen im Herbst 1954 verband man auf dänischer Seite die Verhandlungen über den deutschen NATO-Beitritt indirekt mit dem Wunsch nach einer zwischenstaatlichen Regelung der Minderheitenfrage, da dies die Beziehungen zwischen den beiden künftigen Bündnispartnern verbessern würde. Der dänische Ministerpräsident Hans Christian Hansen argumentierte: »...[dass] niemand bezweifeln wird, dass die Rechte einer Minderheit direkt jene Ideale berühren, auf denen die Menschenrechte gründen. Vor diesem Hintergrund kann der Art und Weise, wie eine Minderheit behandelt wird, durchaus der Charakter eines Symbols zugesprochen werden, eines Symbols für unsere künftige Zusammenarbeit, so wie wir sie uns gern vorstellen.« Es sei die dänische Erwartung, so Hansen weiter, dass die »Ideale, die der NATO-Zusammenarbeit zugrunde liegen, Deutschland dazu bewegen würden, eine in allen die Minderheit betreffenden Fragen tolerante Politik zur Aufrechterhaltung eines guten, gegenseitigen Verhältnisses zu betreiben«²³.

Dass es wichtig war, eine Geste des Entgegenkommens auf deutscher Seite zu zeigen, wurde nicht zuletzt vom deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer verstanden, denn rein theoretisch hätte Dänemark die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO mit einem Veto blockieren können. Adenauer zeigte Verständnis und Entgegenkommen: Er setzte die unwillige schleswig-holsteinische Landesregierung unter Druck und ließ Gespräche mit den Dänen einleiten. Nach monatelangen geheimen Verhandlungen kam es im Frühjahr 1955 zu den sogenannten Bonn-Kopenhagen-Erklärungen über die Stellung der beiden Minderheiten. Die Erklärungen werden von dänischen Historikern als einmalige Regelung einer Minderheitenangelegenheit betrachtet, die aufgrund ihres liberalen und demokratischen Charakters als Beispiel oder Modell für andere europäische Minderheitenfragen gelten könnten. Mit den beiden gleichlautenden, unilateralen Erklärungen verpflichteten sich die beiden Regierungen gegenüber der auf ihrem Staatsgebiet ansässigen Minderheit zu folgenden Rechten: das Bekenntnis zur dänischen beziehungsweise deutschen Nationalität und Kultur – und damit zur Minderheit –, ist frei und darf nicht nachgeprüft werden, die Kultur der Minderheit ist zu sichern und das Schulwesen zu begünstigen. Diese Regelungen basieren auf dem liberalen und nicht nachzuprüfenden Prinzip: »Minderheit ist, wer Minderheit sein will«²⁴. Demnach ist Minderheit zu

21 Vgl. LAMMERS, »Hvad skal vi gøre« (wie Anm. 6), S. 98.

22 Zit. nach *ibid.*, S. 113.

23 Vgl. hierzu *ibid.*, S. 114f.

24 Zit. nach *ibid.*, S. 116.

sein eine subjektive Entscheidung. Ihre Angehörigen sind somit gleichberechtigte Staatsbürger mit eigenen kulturellen Werten.

Die Regelung in der Minderheitenfrage ist noch aus einem anderen Grund wichtig: Als zwei fast gleichlautende Erklärungen²⁵ stellt die Regelung keinen Vertrag dar, sondern basiert auf dem Vertrauen in den guten Willen der anderen Seite, die hier festgeschriebenen Verpflichtungen einzuhalten. Auf dänischer Seite erforderte dieser Schritt indirekt auch Vertrauen in den Demokratisierungsprozess der Bundesrepublik. Zudem trug die Regelung dazu bei, die Dänen vom liberalen und egalitären Charakter der Demokratie in der Bundesrepublik zu überzeugen. Sie hat deshalb erheblich dazu beigetragen, dass die Bundesrepublik von den Dänen als eine liberale, der dänischen vergleichbare Demokratie betrachtet wurde. Die konservative Kopenhagener Tageszeitung »Berlingske Tidende« bemerkte dazu am 30. März 1955, »dass so wie diese Angelegenheit verhandelt und zu einem Ergebnis geführt worden ist, sie in Dänemark das Vertrauen daran gestärkt hat, dass das neue Deutschland aufrichtig versuchen werde, zu der Verpflichtung als Mitglied der demokratischen Gemeinschaft in Westeuropa zu stehen.« Der Demokratisierungsprozess hatte sich somit von Anbeginn als eine Erfolgsgeschichte erwiesen. Der damals amtierende dänische Ministerpräsident Hansen stellte zufrieden fest, dass sie sich tatsächlich als eine »Meistererzählung« gezeigt habe: Es sei erfreulich zu sehen, »wie sich die Demokratie im deutschen Volke verfestigt«²⁶.

Diese beiden Ereignisse – Wiederaufrüstung und Minderheitenregelung –, die unter dänischen Zeitgenossen als wichtige Eckdaten in der Beurteilung der Bundesrepublik empfunden wurden, mögen in der großen Erzählung der Bundesrepublik klein und unbedeutend erscheinen. Für die Zeitgenossen schienen sie den demokratischen Charakter des neuen Staates zu bestätigen. Aus der Perspektive des kleinen Nachbarstaates haben sie eindeutig dazu beigetragen, die Seriosität der neuen deutschen Demokratie und die demokratische Einstellung der Deutschen glaubhaft zu machen. Und sie haben in der Folgezeit zu einer historisch neuen und gut nachbarschaftlichen dänisch-deutschen Partnerschaft in einem veränderten Europa geführt – eine gleichberechtigte Partnerschaft, wie es sie so zwischen Deutschland und Dänemark zuvor nicht gegeben hat.

Die deutsche Einheit 1989/90

Die Vereinigung der Deutschen im Oktober 1990 ist natürlich als wichtiges Schlüsselereignis in der deutschen Nachkriegsgeschichte zu betrachten. So wird es auch in Skandinavien gesehen, wo die von vielen gehegten Befürchtungen hinsichtlich eines neuen »Großdeutschlands« oder »Großreiches« sich nicht zu bewahrheiten schienen. Zwar hatten sich in Skandinavien viele mit der Existenz von zwei deutschen Staaten als bester Lösung der deutschen Frage angefreundet, dennoch hatte man sich auf politischer Ebene offiziell immer zu einem vereinten, europäisch integrierten Deutschland verpflichtet. Deshalb konnten die dänische Regierung und viele Dänen der deutschen Einheit 1990 mit Gelassenheit entgegensehen²⁷.

Die skandinavischen Zeithistoriker haben die deutsche Nachkriegsgeschichte trotz der Teilung als eine gemeinsame, das heißt als eine gesamtdeutsche Geschichte betrachtet²⁸. Von dieser Warte aus sollen zuletzt einige Bemerkungen zur deutschen Zeitgeschichtsforschung gemacht

25 Die Erklärungen sind »nur« fast gleichlautend, weil die Stellung der Schule und das Wahlrecht in beiden Staaten unterschiedlich organisiert sind. Sie sind hingegen gleichlautend in Bezug auf die prinzipiellen Rechte der Minderheiten.

26 Zit. nach LAMMERS, »Hvad skal vi gøre...« (wie Anm. 6), S. 119, 126.

27 Vgl. *ibid.*, S. 264f.

28 Vgl. vor allem Karl Christian LAMMERS, *Det ny Tyskland. Fra sammenbrud til genforening 1945–1992*, Kopenhagen 1993.

werden. Aus der Perspektive des Auslandes ist die deutsche Zeitgeschichte nach 1945 ergiebig und meistens hervorragend von deutschen Historikern untersucht worden. Das trifft aus wohl bekannten Gründen vor allem auf die vierzigjährige DDR-Geschichte zu, wogegen sich die der Bundesrepublik vergleichsweise deutlich im Nachteil befindet und eher vernachlässigt worden ist. Dabei erscheint die Relevanz nicht aller historischen Untersuchungen und Projekte zur Geschichte der DDR immer einleuchtend. Für die Geschichte beider Staaten gibt es nunmehr hervorragende Gesamtdarstellungen und Monographien. In beiden Fällen bestehen allerdings auch Forschungsdefizite. Darauf werde ich – abgesehen von der bereits angesprochenen Thematik – nicht ausführlicher eingehen.

Als ernstes Forschungsdesiderat empfinde ich vor allem das Fehlen einer Darstellung der gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, die die älteren und wie ich meine für die Forschung fruchtbaren Ansätze von Christoph Klessmann weiterführt²⁹. Die DDR ist in den neuesten Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik – von Manfred Görtemaker, Peter Graf Kielmansegg, Edgar Wolfrum und Eckart Conze³⁰ –, nur als Anhängsel behandelt und nicht als ein integrierter Bestandteil der deutschen Nachkriegsgeschichte thematisiert worden. Dabei ist, wenn wir Christoph Klessmann Folge leisten, die Geschichte der beiden Staaten in vielerlei Hinsicht nicht verständlich und erklärlich ohne die Existenz des jeweils anderen Staates. Das gilt insbesondere für die DDR, aber es trifft auch auf die Bundesrepublik zu. Besonders deutlich lässt sich dies an der Frage der diplomatischen Anerkennung der DDR veranschaulichen, bei der die »alte« Bundesrepublik als Dritter – wie auch die skandinavischen Beispiele zeigen³¹ – immer mit dabei war und sich einmischte.

29 Christoph KLESSMANN, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Göttingen 1982; DERS., *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Göttingen 1988.

30 Manfred GÖRTEMAKER, *Geschichte der Bundesrepublik. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999; Peter Graf KIELMANNSEGG, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschlands*, Berlin 2000; Edgar WOLFRUM, *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006; Eckart CONZE, *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik von 1949 bis zur Gegenwart*, München 2009.

31 Vgl. Dirk LEVSEN, *Eine schwierige Partnerschaft. Die Bundesrepublik – Norwegen 1949–1956*, Kiel 1993; Sven G. HOLTSMARK, *Avmaktens diplomati. DDR i Norge 1949–1973*, Oslo 1999; LAMMERS, »Hvad skal vi gøre« (wie Anm. 6), *passim*.